

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

3.10.1932 (No. 231)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsrueher-  
Str. 14  
Bismarck-  
Str. 933  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. K. u. d.  
Karlsruhe

**Wegzettel:** Wochentlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontostromverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Der Geburtstag des Reichspräsidenten Der Sonntag in Berlin

Während bereits am Samstag wie auch am Sonntag telegraphische und schriftliche Glückwünsche von fremden Staatsoberhäuptern, Länderregierungen usw. anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten in Berlin eingegangen waren, trugen sich die beim Reich beglaubigten Botschafter und Gesandten, die Mitglieder des Reichsrats und zahlreiche andere führende Persönlichkeiten im Laufe des Vormittags in das im Hause des Reichspräsidenten aufliegende Besuchbuch ein. Der Reichspräsident empfing, da auf seinen Wunsch von offiziellen Empfängen abgesehen worden war, den Reichskanzler zur Entgegennahme der Glückwünsche der Reichsregierung, den Reichswehrminister und die Chefs der Heeres- und Marineleitung zur Entgegennahme der Glückwünsche der Wehrmacht.

Am Vormittag wohnte der Reichspräsident dem Gottesdienst in der Alten Garnisonkirche bei. Auf der Rückfahrt legte er am Grennwall unter den Linden einen Kranz nieder. Um 11.40 Uhr überbrachte eine Fahnenkompanie der Wachtruppe Berlin die Fahnen der ehem. Regimenter des Generalfeldmarschalls. Der Reichspräsident schritt auf der Wilhelmstraße die Front der Ehrenkompanie ab. Die neun Regimentsfähnen verblieben bis zum 3. Oktober im Arbeitszimmer des Reichspräsidenten. Es folgte der Vorbeimarsch der Ehrenkompanie. Den Nachmittag und Abend verbrachte der Reichspräsident im Kreise seiner Familie, die sich mit Kindern, Enkeln und Urenkeln um ihn versammelt hatte.

Auf der Rückfahrt von der Garnisonkirche sowie beim Abschieden der Ehrenkompanie wurde der Reichspräsident von einer großen Menschenmenge begeistert und durch Abfragen des Deutschlandliedes begrüßt. Der Reichspräsident zeigte sich wiederholt dankend am Fenster. Schon um 3 Uhr stauten sich dichte Menschenmengen vor dem Palais, um der Auffahrt der Statulanten zuzusehen.

Berlin trug am Sonntag reichen Flaggenschmuck. Sämtliche Dienstgebäude des Reiches, Preußens und der Stadt, die Vertretungen der fremden Staaten usw. hatten geflaggt. Von den Berliner Verkehrsmitteln flatterten die bunten Fahnen. Das große Wehen der Reichswehr um 7 Uhr sah unzählige Schaulustige.

Um 1 Uhr mittags fand auf dem Roabiter Exerzierplatz eine Parade der Wachtruppe statt, die der Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos, General der Infanterie v. Rumboldt abnahm. Zur gleichen Zeit fanden auf verschiedenen großen Plätzen Berlins Konzerte der Reichswehr statt.

Die Reichsmarine feierte den Geburtstag des Reichspräsidenten in Kiel mit einem Zapfenstreich der 1. Matrosen-Artillerie-Abteilung am Samstagabend. Am Sonntagmittag fand in den Kasernenhöfen in der Wit eine Parade der Standorttruppenteile statt, bei welcher Gelegenheit der neue Chef der Offizierskaserne, Vizadmiral Albrecht, des Reichspräsidenten gedachte. Die im Hafen liegenden Kriegsschiffe hatten über die Roppen geflaggt.

### Feierliche Abholung der Feldzeichen auf der Reichsanzeile

W.D. Berlin, 3. Okt. (Tel.) Die gestern aus Anlaß des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten in dem Arbeitszimmer Hindenburgs aufgestellten Fahnen seiner ehemaligen Regimenter wurden heute mittag von einer Kompanie der Berliner Wachtruppe wieder eingeholt. Bei ihrem Kommen erschien der Reichspräsident vor dem Eingang der Reichsanzeile, begrüßt von Hochrufen der in der Wilhelmstraße angesammelten Menschenmenge. Am Fenster der Reichsanzeile standen zahlreiche Offiziere der alten Armee, die ihnen der Stahlhelmführer Selbte, der gerade mit einer Abordnung beim Reichspräsidenten war. Die Menge sang bei Abmarsch der Truppe das Deutschlandlied.

### Die Glückwünsche Bayerns und Württembergs

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat dem Reichspräsidenten namens der bayerischen Staatsregierung die warmsten Glück- und Segenswünsche ausgesprochen. In dem Glückwunschsreiben heißt es u. a.: „Ew. Erzellenz waren der ruhmreiche Führer und Retter Deutschlands im Weltkriege und in den bangen Tagen des Zusammenbruchs; Ew. Erzellenz haben Ihr ganzes Leben in selbstloser Eingabe und Besetzung mit höchstem Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein für den Dienst des deutschen Vaterlandes gestellt. In größter Verehrung gedenkt das bayerische Volk an dem Jubeltage Ihrer unermüdeten Verdienste.“

Der württembergische Staatspräsident hat an den Reichspräsidenten ein Glückwunschsreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „In dem Bewusstsein unwandelter Treue zum Reich wird sich auch das ganze württembergische Volk an Ihrem Geburtstage um Ew. Erzellenz scharen als dem getreuen Eckward des Deutschen Reiches und dem ehrwürdigen Hüter der Verfassung. Möge es Ihnen gelingen, unser geliebtes Vaterland mit glücklicher Hand durch alle die Stürme zu steuern, die es in seinen Grundfesten erschüttert haben.“

### Der Glückwunsch Hoovers

Präsident Hoover hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm geschickt: „Am heutigen 85. Jahrestage der Geburt Ew. Erzellenz sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Möge Ihnen

### Letzte Nachrichten

### Die Reichsregierung und die Streikfrage Im Augenblick keine besonderen Maßnahmen geplant

W.D. Berlin, 3. Okt. (Priv.-Tel.) In der Öffentlichkeit sind Gerüchte verbreitet, wonach der Arbeitsminister beabsichtigen soll, der Streikbewegung durch eine gemeinsame Konferenz mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer entgegenzuwirken. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist eine besondere Aktion nicht geplant. Selbstverständlich hat der Reichsarbeitsminister die Entwicklung bisher nicht einfach zugehört. Es haben vielmehr gerade in der letzten Woche zahlreiche Besprechungen mit Vertretern sowohl der Unternehmer als auch der Gewerkschaften stattgefunden. Einige Gewerkschaftsvertreter sind auch vom Reichskanzler empfangen worden.

Bei den Gewerkschaften selbst ist die Rechtsauffassung keineswegs einheitlich. Während die freien Gewerkschaften die Rechtsgültigkeit der Rotverordnung anzweifeln, vertreten die christlichen Gewerkschaften bisher den Standpunkt, daß sie sachlich zwar gegen die Rotverordnung seien, nachdem sie aber einmal vorliegen, müsse sie auch ordnungsmäßig durchgeführt werden. Über irgendwelche Rechtszweifel würde aus einer Konferenz der beteiligten Kreise schließlich keine Klarheit bringen können. Sie ist nur durch Entscheidung des Arbeitsgerichtes möglich. Bis hier hat man in juristischen Kreisen den Eindruck, daß keine Partei große Neigung hatte, das Arbeitsgericht anzurufen. Es ist aber möglich, daß eine solche gerichtliche Klärung nun doch in der nächsten Zeit in Zusammenhang mit der Lage im Rheinlande erfolgt.

Die vermutete Aktion des Reichsarbeitsministers ist auch deshalb nicht zu erwarten, weil nach den letzten Meldungen keineswegs eine Verschärfung der Lage eingetreten ist. Man darf nicht übersehen, daß weder der Hamburger Verkehrsstreik noch der Berliner Expeditionsarbeiter mit der Rotverordnung irgend etwas zu tun hat. Übrigens hat sich auch das Kabinett am Freitag bereits mit diesen Dingen beschäftigt. Es ist aber zu dem Entschluß gekommen, die weitere Entwicklung zunächst abzuwarten. Sollte sie zu einer Verschärfung führen, so würde die Regierung natürlich erneut Stellung nehmen. Im Augenblick aber sind keine besonderen Maßnahmen geplant, und deshalb entfallen auch die Gerüchte, die von einer besonderen Streikverordnung wissen wollen.

### Auswärtiger Reichstagsauschuß einberufen

W.D. Berlin, 3. Okt. (Tel.) Der Auswärtige Aushuß des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden, dem Abg. Dr. Frick (N.S.), für Dienstag, den 11. Oktober, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht über die Kaufmann Verhandlungen.

### Direktorenkonferenz zur Abrüstungsfrage Ein englischer Vorschlag

W.D. London, 3. Okt. (Priv.-Tel.) Der Pariser Korrespondent der „Morning Post“ verzeichnet das Gerücht, daß Macdonald Frankreich, Italien und Deutschland einladen werde, gemeinsam mit der britischen Regierung die Abrüstungsfrage zu besprechen. In Londoner politischen Kreisen war bisher eine Bestätigung dieses Pariser Gerüchts nicht zu erhalten.

### Eine französische Stimme

W.D. Paris, 3. Okt. (Tel.) Die radikale „Republique“ erklärt, welche Stimmung auch gegenwärtig zwischen Deutschland und Frankreich herrschen möge, eine Verständigung bleibe dennoch möglich. Wir können zwar eine Aufrüstung Deutschlands nicht hinnehmen, aber wir können die Abrüstung aller verlangen. Wir können nicht die einseitige Vereinfachung der Verträge zulassen, aber wir können die gemeinsam zu beschließende Angleichung ins Auge fassen. Wenn keine Nation für sich allein die Kräfte beschwören kann, können alle zusammen doch die Hoffnung wieder aufwecken lassen. Sogar Frankreichs sei es, Lösungen dafür zu finden.

die Zukunft noch für lange Zeit Gesundheit und Glück bescherten. Herbert Hoover.

Die Deutschen von Philadelphia (Amerika) hatten sich am Sonntag zu einer Feierstunde anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg versammelt. Die Feier wurde durch Mundfunk übertragen, von der Berliner Funktunde auf Wochensendungen aufgenommen und später einer Anzahl deutscher Sender übermittelt. — Der Berliner Mundfunk hatte ebenfalls eine Feierstunde für den Geburtstag des Reichspräsidenten veranstaltet.

### Hindenburgs Geburtstagsgabe

Wie alljährlich seit fünf Jahren hat der Herr Reichspräsident an seinem diesjährigen Geburtstag wiederum zahlreichen schwer nolleidenden Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Veteranen eine Freude bereitet. Fast 3000 Angehörigen dieser Personenzreise ließ er je 150 RM. aus der Hindenburgspende ausgeben. Damit steigt die bisherige Unterstützungslieferung der Hindenburgspende auf fast sechs Millionen Reichsmark.

### Ein deutscher Sängertag in Karlsruhe

### Beginn der Karlsruher Herbsttage

Die „Karlsruher Herbsttage 1932“, die in dieser Woche eine stattliche Reihe kultureller und sportlicher Veranstaltungen bringen werden, begannen am Samstag mit einer vom Verkehrsverein in die Wege geleiteten machtvollen Kundgebung zur Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in der Südwestecke des Reiches. Die mitwirkenden Karlsruher Sängervereinigungen Concordia, Lieberfranz und Lehrgesangverein unter Beihilfe des Instrumentalvereins hatten drei tonangebende Vereinigungen in die Landeshauptstadt geladen, gleichsam zur Veranstaltung eines friedlichen Wettbewerbs, den letzten Platz von allen Schichten der Bevölkerung gefüllten Festhalle gestaltete.

Unter den Ehrengästen bemerkte man den Reichsfinanzminister und Vizekanzler a. D. Dietrich, den badischen Finanzminister Dr. Mattes, die Präsidenten des Oberlandesgerichts, Dr. Junginger, und des Verwaltungsgerichtshofes, Dr. Schneider, sowie den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Dr. Finter. Das Auditorium zeigte sich begeistert in der dankbaren Anerkennung für die ausgezeichneten Leistungen der etwa 1500 Sänger aus Baden, Pfalz und Saarland.

Nach einleitenden Vorträgen der Concordia und des Instrumentalvereins, sowie einer vaterländischen, eindringlichen Begrüßungsansprache des Karlsruher Gauvorsitzenden Ferd. Dieß, traten die geladenen Vereine zu ihren Vorträgen an. Legte der Speyerer „Frohinn“ unter Leitung Hans Kiehlers neben Pfälzer Volksgefäng den Nachdruck auf die schöne Wiedergabe der bekannten „Glocken von Speyer“ mit Klavierbegleitung (Prof. Haub, Speyer), so hatte der Lehrgesangverein Saarbrücken unter Leitung Otto Schrimps Stücke aus Gräners deutscher Kantate gewählt und erzielte später noch einen Zugabeerfolg mit Trunks „Ostern“. Ebenso durfte der Gesangverein der Bad. Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen sich mit prächtigen Proben pfälzischer Liedkunst einen Sondererfolg holen; er schloß wohl den Vogel ab mit der auswendigen Wiedergabe sämtlicher Vorträge unter Leitung Dr. Wassermanns, dessen Verlonung der „Heimat am Rhein“ auf die Dichtung eines Chormittels, Fr. Bauer, unter zahlreichen Hervorrufen der Autoren besonders Stimmung weckte. Dies gab den Gästen Gelegenheit, mit Begeisterung auf den Empfang und die Aufnahme in Karlsruhe zurückzublicken.

An dem Abend wurden eine Reihe Ansprachen gehalten. Ihren Reigen eröffnete Rektor Fischer von der Karlsruher Sängervereinigung mit herzlichem Begrüßungswort. Er erinnerte an den Besuch des Karlsruher Lehrgesangvereins in der Pfalz am Sonntag, den 6. Juli 1930, nachdem eben erst die fremde Besatzung abgezogen war, und erbot dann einen besonderen Gruß den Sängern aus dem Saarlande. Frei die Pfalz, frei unser Rhein, frei auch die Saarl! Der Vertreter der Bundesleitung der Saarvereine in Berlin, des Senatspräsidenten Andres aus Raumburg a. d. Saale, ging aus von der tausendjährigen, wechselvollen Geschichte des Saarlandes und lenkte den Blick auf den heldenmütigen Kampf um Freiheit und Volkstum an der Saar. Die ferndeutsche Saarbevölkerung werde nicht irren werden in der Treue, auch nicht durch die trüben Zeiten, durch die das Deutsche Reich hindurchgehen muß. Ihr Glaube an die Zukunft des Vaterlandes sei so unerschütterlich, wie ihre Liebe zur Heimat und ihre Hoffnung auf Rückkehr ins Vaterhaus. Diese vaterländische Haltung wollen wir unseren Brüdern und Schwestern an der Saar danken und jede Gelegenheit benutzen, ihnen zu antworten mit dem Schwur: Treue um Treue. Die Festversammlung sang anschließend die erste Strophe des Deutschlandliedes.

Verkehrsdirektor Lacher gab unter lebhafter Zustimmung die Abendung folgenden Telegammes an den Reichspräsidenten von Hindenburg bekannt:

„Eurer Erzellenz, dem Schützer und Hüter des deutschen Vaterlandes, entbieten die zur Kundgebung für die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in der Südwestecke des Reiches, besonders zum badisch-pfälzisch-saarländischen Sängertag am Samstag in der Festhalle versammelten deutschen Männer und Frauen aus Baden, der Pfalz und dem Saarlande herzlichste Geburtstagswünsche, mit dem Gelöbniß nie wankender Treue. Sie geben dabei der felsenfesten Erwartung Ausdruck, daß das vom Reiche ganz widerrechtlich abgetrennte, teendeutsche Saargebiet raschstens zum deutschen Mutterlande zurückgeführt werde. Deutsch ist die Saarl immerdar!“

Unterzeichnet ist das Telegramm an der Spitze von Finanzminister Dr. Mattes und Senatspräsident Andres.

Herr Lacher teilte weiter den Eingang einer Reihe von Glückwunschschriften mit. Solche lagen vor von den Reichsministern Frick, v. Saal, Dr. Gürtner, Grafen Schmetzin von Proßitz, Frick, v. Elb-Rübenach, von Reutath und Schäffer, ferner vom badischen Kultusminister Dr. Baumgartner, dem stellv. Innenminister, Staatsrat Nüder, Landtagspräsidenten Duffner, vom Regierungspräsidenten der Pfalz, den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der Städte Speyer, Landau, Neustadt, Bergzabern, St. Martin und Reumkirchen, vom Verkehrsverband der Südpfalz, dem Saar-Sängerbund, dem Landesverein Badische Heimat usw.

Im weiteren Verlaufe des Abends brachte Justizrat Baummann, der Vorsitzende des Pfälzer Sängerbundes, die Freude der Pfälzer zum Ausdruck, an dem Heimatabend mitwirken zu können. Wer seine Heimat aus ganzer Seele liebe, werde sich auch aus ganzem Herzen dem großen Vaterlande hingeben können. Die Sänger aus Speyer und Ludwigshafen unterstrichen diese Worte mit dem Pfälzer Sängergesang.

Auch Stadtkrat Schreiber, Saarbrücken, dankte für die freundliche Aufnahme in Karlsruhe und für den Empfang durch den Oberbürgermeister im Rathausaal. Der Lehrergesangsverein Saarbrücken habe die erste Sängerschaft seit seinem siebenjährigen Bestehen mit Freude nach dem schönen Badenland unternommen und nehme unauslöschliche Eindrücke mit. Der Redner fuhr dann fort: Wir lieben unser Saarland! Und wenn die Stunde der Befreiung schlägt, kommen wir wieder. Wir werden das Land zurückbringen, ganz und ungeteilt, und sind bereit, die deutsche Not gemeinsam zu tragen! (Stürmischer Beifall.) Durch die Halle klang der saarländische Sängergesang.

Zum Beweis unerbüchlicher Freundschaft überreichte schließlich der stellvertretende Vorsitzende des Karlsruher Verkehrsvereins, Schneider, den Vorsitzenden der Gastvereine die Plakette des Verkehrsvereins.

Das herliche Gefühl der Verbundenheit hielt auch im weiteren Verlauf des Abends an. Der Schlussteil, der in jeder Beziehung gelungenen Veranstaltung brachte u. a. einen Trachtentanz der Pfälzer (es war der „Quetschschützchen“, der viel Beifall auslöste), sowie Vorträge des bekannten Vellemer Seiner (des pfälzischen Dialektdichters, Staatschauspieler a. D. Heinrich, Bellheim), der durch Art und Inhalt seiner Darbietungen wahre Lachsalben entwarf und immer wieder gerufen wurde. Die an diesem Abend verlebten erhebenden und vergnüglichen Stunden werden allen Teilnehmern unvergessen bleiben.

### Weihstunde für das deutsche Lied

Der Sonntagvormittag brachte eine Weihstunde für das deutsche Lied. Das Programm dieser Morgenfeier in der Festhalle war sinnreich aufgebaut als ein Wandertag im Lied. Nach einleitenden Worten des Präsidenten des Liederkranzes, Prof. G. Bollmer, stellten sich zahlreiche Karlsruher Sängervereinigungen zur Verfügung, um unter stimmungsvollen Vor- und Zwischenspielen auf der Orgel (Hugo Ernst Kahner) die verschiedenen Stimmungen des Tages vom Morgen bis in die Nacht, Wandern und Naturgenuss, Reigen und Gebete im Lied zum verklärten Ausdruck zu bringen. Uns fielen besonders die feinen Leistungen der Leute von Junker & Ruh, des Silberbundes sowie der Lieberhalle, mit einer schwer zu intonierenden Kunstkompensation von Bud, und des Wühlburger Casino-Liederkranz, trotz seiner geringen Stimmzahl auf. Die gesamte Sängervereinigung Karlsruhes sang dann abschließend unter Heinrich Seiners zuverlässig-gewissenhafter Führung Schuberts Sanctus als hoch befriedigenden Ausklang der Feierstunde zu Ehren der auswärtigen Gäste.

Am Nachmittag vereinigten sich die Sängerschaften zu einem großen Treffen im Stadtgarten. S. Sch.

### Südwestdeutscher Demokratentag

Drei Referate: Dietrich, Petersen, Reinhold Maier

Die Deutsche Staatspartei Mannheim hatte für Sonntag vormittag in den Saal der „Harmonie“ in Mannheim zu einer großen Kundgebung für den Gedanken der nationalen Demokratie eingeladen. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß mit nationalsozialistischen Versammlungstörern. Es erfolgten einige Festnahmen durch die Polizei.

Als erster Redner sprach Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hermann Dietrich über das Thema „Durch nationale Demokratie zur deutschen Gleichberechtigung und Weltgeltung“. Die Demokraten hätten ungeheure Bedenken wegen der politischen Entwicklung. Sie seien durchaus für eine starke Präsidialgewalt, aber es seien Reformen notwendig, vor allen Dingen Änderung des Wahlrechts, so daß wieder eine bessere Verbindung zwischen dem Wähler und dem Gewählten hergestellt werde. Aber die Kontrolle durch das vom Volk gewählte Parlament sei das Entscheidende in der Republik. Den Ausbau des Reichsrats zu einer Ersten Kammer mit gleichen Rechten wie der Reichstag strebe auch die Staatspartei an. Auch die autoritäre Regierung könne diese großen nationalen Probleme der Freiheit und Gleichberechtigung schwerlich lösen, solange sie nicht vom Willen der breiten Massen des deutschen Volkes getragen ist. Sie kann auch das Problem der inneren Beruhigung nicht bewältigen. Ohne Mitarbeit des Volkes gebe es keine nationale Zukunft. Nicht Abschaltung des Volkes, sondern seine Erziehung und Einschaltung in Reich und Staat seien das Erfordernis der Stunde.

Als zweiter Redner sprach Dr. Carl Petersen, Bürgermeister von Hamburg, über das Thema „Durch nationale Demokratie zur deutschen Einheit“. Preußen müsse im Reich aufgehen und damit seine große deutsche Mission endgültig erfüllen. Gleichzeitig würden die anderen Länder sich neu ins Reich eingliedern haben, unter Erhaltung einer gesunden Selbstverwaltung. Als Dritte kammer könne der Reichsrat neben den Ländern und preußischen Provinzen auch die großen Städte und sonstigen größeren Organisationen unseres politischen und sozialen Lebens vertreten. Die Heraushebung des Wahlalters sei ebenso notwendig wie das Abdrücken von der Verhältniswahl.

Dr. Reinhold Maier, der württembergische Wirtschaftsminister, entwickelte dann das Wirtschaftsprogramm der Staatspartei. Was Deutschland notwendig brauche wie das tägliche Brot sei Ruhe für unsere Wirtschaft, Ruhe von der Politik her! Deshalb hielten es die Demokraten für ihre staatspolitische Pflicht, die Reichsregierung in ihren wirtschaftspolitischen Bemühungen zu unterstützen. In der Krise habe die seit dreißig Jahren in Deutschland betriebene Bevorzugung und Überschätzung der Großwirtschaft Mißstände gemacht. Die Großwirtschaft liefere dem Vints- und Rechtssozialismus die Waffen zum Generalangriff gegen unsere Wirtschaftsordnung. Die Staatspartei stehe auf dem Boden der freien Wirtschaft. Ihre Anhänger seien erklärte Antisozialisten, aber sie seien sozial durch und durch. Kein Zoll breit dürfe von unserer wirtschaftlichen Weltstellung aufgegeben werden! Autarkie bedeute den Hungertod für 20 Millionen Deutsche. Sie bedeute völlige Verarmung Südwestdeutschlands!

Nach den drei, mit Beifall aufgenommenen Referaten gedachte im Schlusssatz der Vorsitzende, Amtsgerichtsdirektor Dr. Wolfhard, noch einmal des Reichspräsidenten, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von den Siben erhoben.

Eine Stadtverordnetenwahl. Die am Sonntag in Stalupönen (Litv.) stattgehabten Ergänzungswahlen von Stadtverordneten hatten folgendes Ergebnis: Kommunisten 620 (Vergleichszahl bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932: 503 Stimmen), Sozialdemokraten 200 Stimmen (482), Wirtschaft. Einheitsliste (bürgerliche Mittelparteien) 653 (382), Nationalsozialisten 1262 (2199) Stimmen.

Auf einer Reichskonferenz der Bergbau- und Industriearbeiter Deutschlands in Bochum am Samstag wurde darauf hingewiesen, daß 300 000 deutsche Bergarbeiter arbeitslos seien und die noch in Arbeit stehenden 430 000 Bergleute verfürzt arbeiten. Die Bergbediensteten der Arbeiter im Braunkohlenbergbau seien von 1929 bis Mai 1932 von rund 100 Mill. RM. auf 88 Mill. RM. zurückgegangen.

## Parteitag der Badischen Zentrumspartei

### Eine Rede des badischen Staatspräsidenten

Der Offenburger Parteitag der badischen Zentrumspartei war am Sonntag aus dem ganzen Lande außerordentlich stark besucht. Dem Parteitag waren am Samstag vorausgegangen Sitzungen der Zentrumsfraktion des Badischen Landtages, des Parteivorstandes und des Landesauschusses, sowie ein Begrüßungsabend der Offenburger Zentrumspartei, auf dem die Zentrumsjugend zu Wort kam. Der Landesauschuss beschloß für die kommenden Reichstagswahlen die gleiche Kandidatenliste wie zum letzten Reichstag einzureichen.

Am Parteitag nahm neben dem badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt und dem badischen Kultusminister Dr. Baumgartner auch der Führer der Badischen Volkspartei, Staatsrat Dr. Schäfer, München, teil. Der badische Parteivorsitzende, Dr. Höhr, gedachte des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten. Staatsrat Schäfer knüpfte an die Presse-meldungen an über angebliche Differenzen zwischen Zentrum und Badischer Volkspartei und erklärte, er sei der lebendige Gegenbeweis. Die Gemeinschaft aller Gleichgesinnten im deutschen Süden müsse hergestellt werden um des gesarten deutschen Volkes willen.

### Dr. Höhr zur politischen Lage

Nachdem Dr. Höhr die Verbundenheit zwischen Badischer Volkspartei und Zentrum unterstrichen hatte, leitete er durch ein Referat über die politische Lage zu den eigentlichen Verhandlungen des Parteitages über. Die badischen Verhältnisse seien gesund. Ein badisches Konordat werde keinen Anlaß zu Kulturkämpfern geben. Es gebe keinen Miß in der badischen Regierungskoalition. Nicht die Staatsführung und das Zentrum hätten in Baden einen Frontwechsel gegenüber den Nationalsozialisten vorgenommen, sondern umgekehrt. Die Wege des Reichstanzlers halte das Zentrum für verhängnisvoll. Den Versuch, die Herrschaft einer dünnen Oberschicht aufzurichten, werde das Zentrum entgegensetzen den Kampf um nationale Freiheit und wirtschaftlichen Aufstieg und um den Schutz der Volksrechte gegen jede Diktatur.

Im einzelnen sprach Dr. Höhr noch aus: Jegliche Reichsreform werde nicht bloß den Bestand der süddeutschen Länder aufrechterhalten, sie werde eine Stärkung der Länder im Reichsrat etwa in Richtung des alten Bundesrates bringen müssen. Klare Kompetenzabgrenzung und klare Scheidung der Finanzquellen müsse den Konfliktstoff austräumen. Je nachdem das Problem Reich-Preußen gelöst werde, müßten den süddeutschen Ländern Garantien in Form von Reservaten geboten werden. Grundsätzlich könne das Zentrum die Politik des Kabinetts von Papen nicht gutheißen, denn eine vom Parlament „unabhängige Staatsführung“ sei verfassungswidrig; es hatte sich aber bereit gefunden, ein Kabinett von Papen, das von den Nationalsozialisten unterstützt worden wäre, zu tolerieren. Der Redner kritisierte sodann das Vorgehen des Reiches in Preußen und die wiederholte Reichstagsauflösung. Aber die Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten das letzte Wort zu sprechen, gehe im Augenblick nicht an. Sei nicht auch mit der Sozialdemokratie die Zusammenarbeit trotz unüberbrückbarer Gegensätze möglich geworden? Die Auffassung des Zentrums gegenüber dem nationalsozialistischen Programm, gegenüber der Wertung zahlloser Elemente im Nationalsozialismus, habe sich nicht geändert. Sie werde sich nur ändern können in dem Ausmaß, wie hier Wandel geschaffen werde.

### Der badische Staatspräsident Dr. Schmitt

Dr. Schmitt sprach über die verfassungsrechtliche Lage. Wenn er von Verfassungswidrigkeit spreche, so wolle er damit keineswegs der Reichsregierung den guten Glauben und den Willen zur Rechtsobjektivität absprechen. Die Absetzung der Preussischen Regierung vertrage sich weder mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches, noch weniger könne sie auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung ausgesprochen werden. Das Ziel der Reichsregierung sei gewesen, die preussische Politik in die Gewalt des Reiches zu bekommen und eine Personalunion zwischen Reich und Preußen herbeizuführen. Ein Reichskommissar könne ernannt werden nur neben, nicht an Stelle der Landesregierung, und seine Aufgabe sei nur die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, nicht aber auch eine durchgreifende preussische Verwaltungsreform. Ebenfalls könne die Herbeiführung einer Personalunion zwischen Reich und Preußen zu den Aufgaben des Reichskommissars gehören. Zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sei es nicht notwendig gewesen, den Wahlprüfer zu entlassen und seine Ministerkollegen von der Amtsführung auszuschließen. Es sei ein Widerspruch, wenn die eingesezten preussischen Staatssekretäre den Ministerrat auf die preussische Verfassung leiteten und auf der anderen Seite sich weigerten, vor dem Preussischen Landtag zu erscheinen, obwohl die Verfassung dies vorschreibe. Bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sei unter den Preußenkommissaren verhältnismäßig mehr Mut geflossen als unter Oberen.

Baden habe bekanntlich seine Auffassung durch die Einreichung einer Klage beim Staatsgerichtshof bekundet, es sei auch die Auffassung, daß das Verhalten der Reichsregierung gegenüber dem Reichstage dem Geist der Reichsverfassung objektiv widerspreche. Hinsichtlich der Auflösung des Reichstages müsse er zu dem Ergebnis kommen, daß der Reichstag entgegen dem Artikel 25 Reichsverfassung, zweimal aus demselben Anlaß aufgelöst worden sei, nämlich weil die Regierung in beiden Reichstagen keine Mehrheit und kein Vertrauen besaß. Das Verfassungsbedingte liege in der Wiederholung der Auflösung, und zwar innerhalb kürzester Frist. Im Falle der Auflösung des Reichstages am 13. März 1924 durch die Reichsregierung Marx, habe es sich nicht um die Aufrechterhaltung einer Notverordnung gehandelt, sondern um einen drohenden Beschluß des Reichstages gegen die Vollzugsverordnung zu zwei vom Reichstag selbst beschlossenen Gesetzen. Die Handlungen der Reichsregierung bedeuteten in den Augen des Volkes eine außerordentliche Schädigung des Rechtsgedankens, des Autoritätsgefühls und der Volks- und Länderrechte. Die durch die Auflösung entsetzende fortgesetzte Verunruhigung schädige die von der Reichsregierung gewünschte Ankerbelung der Wirtschaft, insbesondere das Weisnachtsgeschäft und die Ausgiebigkeit unserer Winterhilfe.

Bezüglich der künftigen Reichsreform erklärte Staatspräsident Dr. Schmitt, daß die Reichsverfassung nur auf Grund der Reichsverfassung selbst abgeändert werden könne und dürfe, was bei den bestehenden Machtverhältnissen im Reichstage nur möglich sei, auf dem Wege des Volksbegehrens. Bei der Verrückung des Dualismus müsse Norddeutschland vorgehen. Süddeutschland verlange Gegengewichte. Der Reichsrat müsse neben dem Reichstag und der Regierung gleichberechtigter Gesetzgebungsfaktor werden. Allerdings sei ein Oberhaus, in dem auch Vertreter der Großstädte oder berufständigen Organisationen sizen, abzulehnen, weil dadurch der bundesstaatliche Charakter und das Wesen des Reichsrats beseitigt würden. Das Gegeneinander oder Nebeneinander von Reich

und Ländern sollte beseitigt werden durch eine scharfe Kompetenzabgrenzung zwischen Reich und Ländern.

Der oberbadische Industrielle, Dr. Badelsberger, setzte sich mit den finanz- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Notverordnungen der Regierung Papen auseinander, während der badische Landtagsabgeordnete Schill vom Standpunkt der Landwirtschaft und Reichstagsabgeordneter Erking, von dem der Arbeitnehmer dazu Stellung nahmen.

Im Anschluß an die Referate folgte sodann eine lebhaft diskutierte, die ihren Niederschlag in einer Reihe von Entschlüssen fand. Sodann wurde der Wahlauftrag der Badischen Zentrumspartei unter stürmischer Zustimmung des Parteitages verlesen. Mit einem Hoch auf Volk und Vaterland, dem das Deutschlandlied folgte, wurde der Parteitag beschloffen.

### Entschlüsse der badischen Zentrumspartei

Auf dem Parteitag wurden eine Reihe von Entschlüssen einstimmig angenommen, die sich im wesentlichen mit den von den Parteitagrednern aufgestellten Forderungen decken.

Dem badischen Staatspräsidenten und dem badischen Staatsminister werden Vertrauen und Zustimmung zu der Vertretung der Rechte der Eigenstaatlichkeit gegen Eingriffe der Reichsregierung ausgesprochen. Bei der Reichsreform wird Ausbau des Reichsrats zum gleichberechtigten Gesetzgebungsorgan neben dem Reichstag verlangt.

In einer weiteren Entschlüsselung wird Bestand und Sicherheit der Währung gefordert. Die Steuerquerschnitte werden unter Vorbehalt beibehalten. Eine weit stärkere und gerechtere Berücksichtigung der badischen Grenzverhältnisse bei der Erteilung von Reichsaufträgen wird gefordert. Das Grenzland Baden müsse den Osthilfsgebieten gleichgestellt werden. Unter Ablehnung der Autarkie fordert eine andere Entschlüsselung Schutz und Förderung der bäuerlichen Produktion. Die badische Zentrumspartei tritt für die 40-Stunden-Woche ein und fordert die Verrückung der vorgeesehenen Kürzung der Stundenlöhne für die 31. bis 40. Lohnstunde.

Schließlich werden verlangt Anwendung des steuerfreien Existenzminimums für alle direkten Steuern, Aufhebung der Bürgersteuer und Zuschlagsrecht der Einkommensteuer für die Länder und Gemeinden.

### Der Wahlauftrag der badischen Zentrumspartei

Der auf dem Parteitag beauftragte Wahlauftrag enthält in seinem ersten Teil scharf formulierte Angriffe gegen die jetzige Reichsregierung. Weiter wird gesagt:

In dieser ersten Stunde des Vaterlandes gelte es, alle aufbauenden Kräfte zusammenzuschließen. Diesem vaterländischen Ziel hätten auch die Verhandlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten gedient. Niemals habe dabei das Zentrum die Grundzüge des Rechts der Reichsverfassung und die Grundzüge seiner Weltanschauung preisgegeben. Die Gefahr neuer unabsehbarer Erschütterungen abzuwenden, müsse Ziel und Sinn dieses entscheidenden Wahlkampfes sein. Der Weg der starken Nation führe durch das Tor der sozialen Gerechtigkeit; wirtschaftliche und politische Stauererei aber zur Revolution. Bei den kommenden politischen Auseinandersetzungen sei ein starkes, geschlossenes Zentrum notwendig.

### Die Deutsche Volkspartei in Baden

Dr. Japp wieder Spitzenkandidat

Der Geschäftsführende Ausschuß des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei trat am Samstag unter dem Vorsitz von Finanzminister Dr. Mattes zusammen, um die Vorbereitungen für die Wahl zu treffen. Die Beschlüsse waren fast vollzählig vertreten. Dr. Mattes gedachte des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg. Unter lebhaftem Beifall wurde die Ablehnung folgenden Telegammes beschlossen: „Deutsche Volkspartei, Landesverband Baden, übermittelt Eurer Ergegnis in aufrichtiger Dankbarkeit und unwandelbarer Treue ehrfurchtsvolle Glückwünsche zum 85. Geburtstag.“

Dr. Mattes gab sodann in einleitender Rede die politischen Richtlinien für den Wahlkampf bekannt, die einstimmig Zustimmung fanden. Einstimmig wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der es heißt, daß der Reichstag pflichtwidrig handelte und durch seine Schuld die Reichstagsauflösung herbeiführte, als er, ohne das Aufbauprogramm der Reichsregierung anzuhören und ohne ein eigenes Programm zu besitzen und der Öffentlichkeit mitzuteilen, die Reichsregierung zu stützen veruchte. In dieser Lage betrachte es die Deutsche Volkspartei als ihre Aufgabe, in unabänderlicher Treue zu dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg die von seinem Vertrauen getragene Reichsregierung im Interesse einer gefunden Reichs- und Parlamentsregierung, der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit gegen alle die Wiederanbahnarbeit störenden Mächte zu unterstützen. Die Parole lautet: „Mit Hindenburg für das Reich.“

In der nachfolgenden Kandidatenaufstellung wurde der bisherige Spitzenkandidat Dr. Japp wieder einstimmig aufgestellt.

### Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ befindet sich wieder auf der Rückreise von Brasilien. Die Landung in Friedrichshafen dürfte etwa am Dienstagmittag erfolgen.

In der Nähe des Darmstädter Wasserwerks stürzte am Samstagvormittag ein mit zwei Personen besetztes Sportflugzeug ab. Der Pilot war sofort tot, sein Begleiter starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Den Gnadengesüchen des Verbandes Deutscher Erzähler und des Schmutzgerichts für den wegen Brandstiftung verurteilten Schriftsteller Karl Strecker in Potsdam ist stattgegeben worden. Die einjährige Zuchthausstrafe Streckers wurde in eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr umgewandelt.

Vier Burichen, die am vergangenen Freitag einen Selbsttransport in Schwarzenberg (Sachsen) betrauten, sind am Sonntag in Chemnitz festgenommen worden. Das Geld wurde wieder gefunden.

Am Samstag gab in dem Augenblick, als die vierte Völkerbundskommission in Genf ihre Sitzung beenden wollte, ein Mann, der sich im Garten des Völkerbundspalastes versteckt gehalten hatte, einen Revolveranschlag auf die Glasfassade des Kommissionspalaes ab. Die Kugel verletzete niemand. Der Täter wurde festgenommen. Es handelt sich um einen Ungarn.

Auf das italienische Konsulat in Zürich wurde am Sonntag ein Anschlag verübt. Ein bisher unbekannt gebliebener Täter warf eine Brandbombe durch ein Fenster. Es entstand ein Feuer, das aber bald gelöscht werden konnte und nur geringen Schaden angerichtet hat.

Bei Badersfeld (Kalifornien) wurde durch eine Wasserhose ein Eisenbahnzug mit 7 Wagen bei Woodford von einer Brücke herabgeschleudert. Die Zahl der Todesopfer wird auf dreißig geschätzt. Auf ihrem weiteren Wege ergriff die Wasserhose eine Tankstelle, tötete den Besitzer, seine Frau und seine Kinder und riß mehrere Kunden der Tankstelle mit sich fort.

## Die Kreuzer-Konkurse

### Die Höhe der Forderungen

WED. Stockholm, 3. Okt. (Tel.) Am Samstag ging die Anmeldungsfrist für Forderungen in den verschiedenen mit dem Kreuzer-Krach zusammenhängenden Konkursen zu Ende. Bei dem Konkurs über Kreuzers Vermögen sind über 100 Forderungen angemeldet in Höhe von zusammen 1 641 188 000 Schwedentronen, 80 382 000 Dollars, 833 000 engl. Pfund, 66 654 000 hfl., 289 274 000 Frs., 159 106 000 Schweizer Frs. und 28 804 000 Reichsmark. Bei dem Konkurs der Firma Kreuzer & Toll sind 189 Forderungen angemeldet worden in Höhe von zusammen 1 053 361 000 Schwedentronen, 3 315 000 schwedische Goldtrone, 98 872 000 Dollars, 79 engl. Pfund, 4 445 000 hfl., 345 558 000 Frs., 52 773 000 Schweizer Frs., 24 861 000 belg. Franken, 620 000 RM. und 36 789 Lots.

## Kurze Nachrichten

Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Kontingente haben zu einer Einigung geführt.

Streik in der Fischereifabrik. Die Besatzungen der Fischdampfer von Bremerhude, Bremerhaven, Altona und Cuxhaven sind in den Streik getreten.

Der 3. Panuropa-Kongress wurde in Basel in Gegenwart zahlreicher Politiker und Wirtschaftsführer aller europäischen Staaten von Graf Coudenhove-Calergi eröffnet. Für Deutschland sprach der frühere Reichsminister Koch-Weser. Unter den Begrüßungslegationen befand sich auch eines des früheren Reichsfinanziers Dr. Brüning.

Eine faschistische Partei in England. Sir Oswald Mosley, einst Konservativer, dann eines der vielversprechendsten jüngeren Mitglieder der Arbeiterpartei und dann befeuert Anhänger Mussolinis, hat sich zum Verkünder des Faschismus in Großbritannien erklärt. Die „Neue Partei“, die er nach seinem Ausscheiden aus der Arbeiterpartei gründete, soll fortan den Namen „Britische Union der Faschisten“ führen.

Der Rat in den Völkerverbänden aufgenommen. Die Völkerverbandsversammlung hat heute einstimmig die Aufnahme des Rat in den Völkerverband beschlossen.

402 320 914 Dollar Defizit im USA-Haushalt. Der Haushalt der Vereinigten Staaten für das erste Drittel dieses Jahres schloß mit einem Defizit von 402 320 914 Dollar. Das sind etwa 20 Millionen Dollar weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

11,5 Millionen Arbeitslose in Amerika. Nach einer Aufstellung des allgemeinen Gewerkschaftsbundes betrug die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten Ende August 11,5 Millionen.

Die Friedensverhandlungen in Brasilien zwischen den Bundesstruppen und den Aufständischen sind gescheitert. Die Kämpfe sind wieder aufgenommen worden.

## Badischer Teil

### Zuckerung des Weines und Herstellung von Saustrunk

Nach § 3 des Weingesetzes, das am 1. September 1930 in Kraft getreten ist, ist es gestattet, dem aus inländischen Trauben gewonnenen Traubenmost oder Wein, bei Herstellung von Mostweine auch der vollen Traubenmaische Zucker, auch in reinem Wasser gelöst, zuzusetzen, um einen natürlichen Mangel an Zucker oder Alkohol oder einem natürlichen Übermaß an Säure infoweit abzuheben, als es der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Ergebnisses entspricht. Dieser Zusatz darf jedoch in keinem Falle mehr als ein Viertel der gesamten Flüssigkeit betragen.

Die Zuckerung darf nur in der Zeit vom Beginn der Traubenlese bis zum 31. Januar des auf die Ernte folgenden Jahres vorgenommen werden; sie darf in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Januar bei ungenutzten Weinen früherer Jahrgänge nachgeholt werden. Sofern eine Zuckerung notwendig erscheint, ist davor zu warnen, die Verbesserung nach eigenem Gutdünken vorzunehmen. Es empfiehlt sich vielmehr, sachverständigen Rat einzuholen, schon um sich vor einer etwaigen Bestrafung wegen Übertretung des § 3 des Weingesetzes zu schützen.

Die Abfüllung, Traubenmaische, Traubenmost oder Wein zu zudern, ist dem Bürgermeistern anzuzeigen.

Die Untersuchung von Traubenmosten durch die badischen Staatsanalysten erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

Ein halbes Liter des Mostes ist in gut verschlossener Flasche unter der Adresse: Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg, Post Grödingen (Baden), (für Sendungen aus den Landeskommissariatsbezirken Mannheim und Karlsruhe) und: Badisches Weinbauinstitut Freiburg, Bismarckstr. 21 (für Sendungen aus den Landeskommissariatsbezirken Freiburg und Konstanz) einzuliefern. Dabei ist die Gemarkung, Traubenart, wenn möglich auch die Lage anzugeben und zu erklären, daß das Ergebnis naturrein ist.

Der Untersuchungsprobe (frischer Traubenmost) sind zur Verhütung der Gärung auf je ½ Liter 8 Tropfen Formalin (40prozentige Formaldehydlösung) zuzusetzen. Bereits in Gärung befindlichen Mosten muß die doppelte Menge des genannten Konservierungsmittels beigegeben werden. Das Konservierungsmittel ist durch leichtes Schütteln mit der Flüssigkeit in innige Verbindung zu bringen.

Für die Untersuchung jeder einzelnen Mostprobe wird:

- a) bei frischem, noch nicht in Gärung gekommenen Mosten eine Gebühr von 2,50 RM.,
- b) bei Mosten, bei denen schon ein Teil des Zuckers vergoren ist, eine Gebühr von 5 RM. erhoben.

Diese Gebühr wird badischen Landwirten, die nur ihr eigenes Gemächs kellern, auf 1,50 RM. bzw. 3,50 RM. ermäßigt.

Bei der Herstellung von Saustrunk finden die Vorschriften des Weingesetzes über die Zuckerung (Zuckerwasserzusatz) keine Anwendung. Hervorzuheben ist, daß nach dem neuen Weingesetz die Herstellung von Saustrunk nur aus Traubenmaische, Traubenmost oder frischem Weinstreben gestattet ist. Die Herstellung von Sektwein, die nach dem bisherigen Weingesetz gestattet war, ist verboten.

Außerdem ist zu beachten, daß Saustrunk nur in der Zeit vom Beginn der Traubenlese bis zum 31. Dezember 1932 hergestellt werden darf.

Der Wein, Traubenmost oder Traubenmaische gewerbsmäßig in Verkehr bringt, ist verpflichtet, dem Bürgermeistern die Herstellung von Saustrunk unter Angabe der herzustellenden Menge und der zur Verarbeitung bestimmten Stoffe anzugeben.

Der Saustrunk darf nur im eigenen Haushalt des Herstellers verwendet oder ohne besonderes Entgelt an die in seinem Betriebe beschäftigten Personen zum eigenen Verbrauch abgegeben werden.

Jedes Faß mit Saustrunk muß deutlich die Aufschrift „Saustrunk“ tragen.

## Hindenburgs 85. Geburtstag in Baden

Am Sonntag zeigten alle staatlichen und städtischen und die sonstigen behördlichen und viele Privatgebäude Flaggen-schmuck. In den Gottesdiensten der evangelischen und katholischen Gemeinden wurde des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten in entsprechender Weise gedacht; in den israelitischen Gemeinden war schon am Samstag während der Sabbatgottesdienste ein entsprechendes Gebet gesprochen worden. In den Schulen wurde am Samstag in eindrucksvoller Weise die Persönlichkeit des Reichspräsidenten und ihrer Bedeutung für das deutsche Volk gefeiert.

Unter den anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten erfolgten Veränderungen in der Reichswehr ist die Ernennung des Landeskommandanten in Baden Oberst Schellbach zum Generalmajor hervorzuheben.

### Glückwunschtelegramm der Universität Heidelberg

Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Andreas, hat folgenden Glückwunschtelegramm an den Reichspräsidenten gerichtet:

„Als älteste Hochschule des Reiches bringt die Universität Heidelberg dem verehrten Reichspräsidenten die herzlichsten Glückwünsche, dem ruhmreichen Feldherrn und Befreier deutschen Ostens, dessen wir auch heute in Treue gedenken, dem Führer in Krieg und Frieden, dem Hüter und Vorbild deutschen Lebens, ehrentätigen Glück- und Segenswünsche dar. Der Rektor: Andreas.“

## Deutscher Binnenschiffahrtstag Mannheim 1932

Am dem unter dem Vorsitz von Generaldirektor Dr. phil. h. c. Weller, Duisburg, in Mannheim abgehaltenen deutschen Binnenschiffahrtstag 1932 nahmen zahlreiche Mitglieder und Interessenten teil. Die Hauptversammlung beschäftigte sich mit der „Bekämpfung der Notlage in der Binnenschiffahrt“.

Syndikus Schreiber erklärte, die Wasserstraßen-Verkehrsmengen hätten zwar 1931 noch 90 Prozent des Vorjahresverkehrs betragen, dagegen liege der Frachttindex um 28 Prozent unter dem Vorjahresstand. Der Notstand der Binnenschiffahrt sei nicht nur durch zentrale Maßnahmen privatrechtlicher Art zu bekämpfen. Die Binnenschiffahrt erbitte von der Reichsregierung in erster Linie nicht Subventionen, sondern die staatspolitische Wahrung ihrer Interessen und Schutz vor Übergriffen des reichseigenen Monopolbetriebs der Reichsbahn. Ministerialrat Baur vom Reichsverkehrsministerium lehnte auf das Entschiedenste den Gedanken der Verstaatlichung der Schiffahrt ab. In den Vordergrund der Aktion habe die Reichsregierung die Selbstverwaltung der Wirtschaft gestellt. Auf dem international befahrenen Rhein sei die Schiffahrt dabei, im Wege der Selbsthilfe ihrer Not entgegenzutreten.

Zum Schluß sprach der frühere Oberbürgermeister von Duisburg, Professor Dr. Most. Die Vorzüge der Binnenschiffahrt beruhen, vom technischen abgesehen, auf den organisatorischen Besonderheiten der nichtmonopolistischen Betriebsführung der Binnenschiffahrt. Der Wettbewerb sei für die Karrieren der Reichsbahn von ganz wesentlicher Bedeutung, schübe automatisch gegen Kapitalismus, Erstarren und planwirtschaftliche Fehlgänge. Die Gesamtwirtschaft müsse dringend wünschen, daß Entscheidendes geschehe, um den Zusammenbruch der Gesamtwirtschaft zu verhindern. Die Funktionen der Binnenschiffahrt als eines freien Verkehrsgewerbes müßten dabei gewährleistet bleiben.

## Heidelberg und Schwellingen

### für die Speyerer Rheinbrücke

Freitagabend fand in Heidelberg eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der Stadtverwaltungen Heidelberg und Schwellingen, sowie der Verkehrsvereine beider Städte und des Neckarverkehrsverbandes statt. Es wurden alle mit den Brückenbauten Magau und Speyer zusammenhängenden Fragen eingehend besprochen und der Beschluß gefaßt, in letzter Stunde bei der badischen Regierung noch einmal gemeinsam vorstellig zu werden. Man will am heutigen Montag noch vor der Abreise des Finanzministers Dr. Matthes nach Berlin eine Abordnung nach Karlsruhe schicken. Der Zweck dieser Aktion ist nicht etwa eine Stellungnahme gegen die Magauer Brücke, man verlangt aber in Nordbaden, daß gleichzeitig auch die Speyerer Brücke in Angriff genommen wird. Es herrscht die einmütige Überzeugung, daß die bestehende geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Zusammengehörigkeit der bayerischen und badischen Pfalz die alsbaldige Erstellung der Speyerer Brücke gebieterisch erfordere, umso mehr, als die angrenzenden Gebiete in besonderem Maße unter der Arbeitslosigkeit leiden.

## Durchführung des § 38 des Reichsmilchgesetzes

Der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Minister des Innern zu bitten, trotz der Vorgänge im Milchwirtschaftlichen Zusammen-schlußgebiete Freiburg an der Durchführung des § 38 des Reichsmilchgesetzes festzuhalten. Der Vorstand ist der Meinung, daß auch in denjenigen Gebieten des Landes, in denen der § 38 bis jetzt noch nicht zur Anwendung gekommen ist, diese Gesetzesbestimmung baldmöglichst durchzuführen sei.

Voranschlag Waldhut angenommen. Der Bürgerausschuß Waldhut genehmigte nach zweitägiger Beratung den Voranschlag für 1932/33 mit 45 gegen 10 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten. Wie schon mitgeteilt, balanciert der Etat, ohne daß die Gemeindesteuern erhöht werden müssen. Diese betragen 117 RM. vom Grundvermögen, 30 RM. beim Betriebsvermögen und 561 RM. beim Gewerbeertrag. Außerdem wird die Bürgersteuer und die Biersteuer erhoben. Weiter beschloß der Bürgerausschuß die Entnahme von 15 200 RM. zur Arbeitsbeschaffung aus dem Grundstock zu genehmigen.

## Aus der Landeshauptstadt

Eine Sitzung des Karlsruher Bürgerausschusses findet am Dienstag, den 11. Oktober d. J., 16 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses statt.

Umstellung in der Einzelführung der Straßenbahn. An Stelle des seit 1. Juni zur Verbindung mit Knielingen eingerichteten Wendelverkehrs werden, wie früher, wieder durchgehende Wagen vom Schlachthof über Hauptbahnhof, Hauptpost und Mühlburg nach Knielingen geführt. Die Fahrgelegenheiten auf der Strecke Schlachthof—Hauptbahnhof—Mühlburg werden dadurch gegenüber den letzten Monaten verdoppelt. Die Knielinger Wagen erhalten zur Unterscheidung von den nach Darlabenden—Mappendorf laufenden Zügen (Linie 2) die Bezeichnung Linie 7. Zum Ausgleich der entstehenden Mehrausgaben tritt bei der ganzen städtischen Straßenbahn an die Stelle des 7/8-Minuten-Verkehrs der 5-Minuten-Verkehr. Zugleich wird aus betriebstechnischen Gründen, insbesondere zur Vermeidung unnötigen Aufenthalts der Linie 3 am Hauptbahnhof, die Linie 8 anstatt, wie bisher, über die Ettlinger Straße über die Ruppurrer Straße geführt und die Linie 5 von der Ruppurrer Straße in die Ettlinger Straße verlegt. Die Fahrtausweise über die Strecke Hauptbahnhof—

Ettlinger Straße—Marktplatz (2 Teilstrecken) gelten künftig auch auf der Strecke Hauptbahnhof—Ruppurrer Straße—Marktplatz (3 Teilstrecken). Der Zeitpunkt, in dem diese Änderungen in Kraft treten, wird noch bekanntgegeben werden.

Töblicher Verkehrsunfall. In der Nacht zum Montag wurde auf der Landstraße zwischen Durlach und Karlsruhe der 21 Jahre alte Laborant Josef Straub von hier von einem Personentransportwagen von hinten angefahren und getötet. Der Führer des Kraftwagens, der durch Splitter seiner Windschutzscheibe verletzt wurde, wurde vorläufig in Haft genommen. Während die Polizei mit der Aufnahme des Unfalls beschäftigt war und die Straße vorübergehend gesperrt hatte, kam aus Richtung Durlach ein Lieferkraftwagen gefahren, dessen Führer trotz der Haltezeichen nicht anhält, vielmehr mit erhöhter Geschwindigkeit an der Unfallstelle vorbeirauschte und mehrere Polizeibeamte in Lebensgefahr brachte. Der Notruf nahm sofort die Verfolgung auf und konnte den rücksichtslosen Fahrer zum Halten bewegen, nachdem der Gebrauch der Schusswaffe angedroht war. Es stellte sich heraus, daß der Fahrer, ein lediger Metzger von hier, mit dem Lieferauto eines hiesigen Weinhandlers eine Schwarzfahrt in die Forstheimer Gegend unternommen hatte, ohne in dem Besitz eines Führerscheines zu sein.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen: Das trodene Wetter hat bis Sonntagabend noch angehalten. Erst in der Nacht ging vielfach Regen nieder, da ein neuer Vorstoß polarer Luft aus Nordwesten erfolgte. Die Temperaturen lagen deshalb am Montag früh um etwa 6 Grad tiefer als am Sonntagmorgen. Die Kaltluftzufuhr ist noch nicht beendet, weshalb mit weiterer leichter Abkühlung gerechnet werden muß. Voraussage: Fortdauer der kühlen Witterung, unbeständig mit streichweisen Regenschauern bei lebhaften Westwinden.

Wassersände: Waldshut 239 plus 6, Pafel 21 minus 4, Rheinweiler 175 minus 19, Kehl 230 minus 4, Magau 381 unverändert, Mannheim 243 minus 2, Caub 159 minus 1.

## Kurze Nachrichten aus Baden

### Eröffnung der Ortenauer Herbstmesse

D3. Offenburg, 1. Okt. Die 9. Ortenauer Herbstmesse wurde heute vormittag 11 Uhr vom Oberbürgermeister Holzer in Gegenwart des Landeskommisars Schwörer (Freiburg), der auch im Auftrag der badischen Regierung erschienen war, eröffnet. Die Ausstellung gibt zunächst eine wunderbare Darstellung von edelstem Tafellobst aus der Ortenau, das künstlich zu erwerben ist. Das Reichstabsforschungsamt von Forstheim hat eine Sonderausstellung des Tabakbaues ausgestellt, wozu das badische Ministerium eine Reihe von Karten und Reliefs zur Verfügung stellte. Auch eine Fischereiausstellung ist der diesjährigen Herbstmesse angegliedert, die insbesondere den Wert der Fischzucht für die Volksernährung und Volkswirtschaft darlegt. Handel und Gewerbe haben in vielseitiger Ausstellung ihre Fabrikate und Handelsartikel zur Schau gebracht. Die Offenburgener Künstler stellen in zwei Gruppen aus; die eine, eine jüngere Künstlergruppe, hat ihre Ausstellung unter dem Titel „Darstellung und Gestaltung“ zusammengefaßt und sie erzieht die Erziehung zur Beurteilung des Kunstwerks, die andere Gruppe zeigt mehr ihre eigenen Werke und bietet damit ein reichhaltiges Bild der Vielfältigkeit der Offenburgener Kunstfertigkeit in allen bildenden Künsten.

D3. Painsstadt b. Buchen, 2. Okt. Ein alter Familienstreit hat hier einen schrecklichen Ausgang genommen. Der seit drei Jahren verheiratete Landwirt August Lenz, ein Mann von 28 Jahren, geriet mit seinem 7jährigen Vater, dem Landwirt und Feldhüter Anton Lenz, in Wortwechsel. Im Verlauf der Auseinandersetzung ergriff der Sohn einen Prügel und schlug dem Vater darauf auf den Kopf, daß er bewußtlos zusammenbrach und an innerer Verblutung nach wenigen Stunden starb. August Lenz, der sich wie sein Vater eines guten Rufes erfreute, wurde sofort verhaftet und in das Amtsgefängnis nach Buchen verbracht. Die Bluttat erregte sich vor dem väterlichen Anwesen.

D3. Mosbach, 3. Okt. Der Bankbeamte Gottfried Dörr aus Göttingen war von 1925 bis 1931 Geschäftsführer der Volksbank Waldhütten. Durch umfangreiche Spekulationen des Dörr verlor die Bank 50 000 RM. Das Obergericht Mosbach verurteilte ihn wegen Untreue und Urkundenfälschung zu 9 Monaten Gefängnis und 200 RM. Geldstrafe.

Id. Altküheim b. Schwellingen, 2. Okt. Die hiesige Zigarrenindustrie, in der über 400 Tabalarbeiter beschäftigt sind, hat eine Besserung ihres Geschäftsganges zu verzeichnen. Die Zweigstelle der Großhändlergenossenschaft, die über den ganzen Sommer Kurzarbeit eingeführt hatte, läßt jetzt wieder voll arbeiten, und auch die Zigarrenfabrik von Gebr. Fisch (Heidelberg) hat einige Einstellungen vorgenommen und vollen Betrieb eingeführt.

Id. Forstheim, 2. Okt. Am Samstag um 17 Uhr wurde in der Holzgartenstraße Nr. 25 der dort wohnhafte Grobist Karl Baur in seinem Büro von dem 23jährigen Spedmaier aus Forstheim durch zwei Revolvergeschüsse getötet und beraubt. Spedmaier hat dem Ermordeten, bevor er die tödlichen Schüsse abgab, zwei schwere Schläge mit einem Gummischlauch über den Kopf versetzt. Der Täter hat nach dem die Zeit gehabt, einen Koffer mit Schmuckwaren im Werte von 10 000 RM. an sich zu nehmen und durch das Fenster zu entweichen. Die in der Zwischenzeit alarmierte Polizei konnte ihn aber rechtzeitig stellen und festnehmen.

D3. Baden-Baden, 3. Okt. Staatspräsident Dr. Schmitt, Staatsrat Rüdert und Frhr. v. Lersner, der Vertrauensmann der Reichsregierung für die süddeutschen Länder, statteten dem Baden-Badener Arbeitsdienst-Freiwilligenlager beim Scharhof am Freitagnachmittag einen kurzen Besuch ab.

D3. Bühl, 3. Okt. Am gestrigen Sonntag wurde der neue Mannheimer Weg von der Hundsdorf nach Untermaßbach durch die hauerliche Behörde an den Schwarzwaldberein übergeben. Dieses Ereignis war mit einer schlichten Feier verbunden, der zahlreiche Freunde unseres herrlichen Schwarzwaldes beimohnten.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

(Amlisch)

	3. Oktober		1. Oktober	
	Geld	Werte	Geld	Werte
Amsterdam 100 G.	169.18	169.52	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	75.37	75.53	75.37	75.53
Italien . . . 100 L.	21.58	21.62	21.58	21.62
London . . . 1 Pf.	14.54	14.58	14.54	14.58
New York : 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	81.10	81.26	81.19	81.25
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. September hat sich in der Ultimowoch der Umlauf an Reichsbanknoten um 250,0 Mill. auf 3754,6 Mill. RM., derjenige an Rentenbanknoten um 15,8 auf 411,8 Mill. RM. erhöht. Die Bestände an Geld und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 1,4 Mill. auf 929,2 Mill. RM. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 14,7 Mill. auf 796,3 Mill. RM. zugenommen und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 13,3 Mill. auf 132,9 Mill. RM. abgenommen. — Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen betrug am Ultimo 24,7 Proz., gegen 26,5 Proz. am 23. Sept. 1932.

Die Großhandelsindexziffer ist mit 94,9 gegenüber der Vorwoche kaum verändert.

Neuer schweizerischer Zollzuschlag für Kartoffeln. Der schweizerische Bundesrat hat am Samstag definitiv die Erhebung eines neuen Zollzuschlages auf Kartoffeln von 2 Franken per 100 Kilogramm beschlossen. Er behält sich dabei vor, diesen Zollzuschlag herabzusetzen oder gänzlich aufzuheben, sofern die Verhältnisse das rechtfertigen.

### Gemeinderundschau

Eine Umgehungsstraße in Oberneuren bei Baden-Baden. In der letzten Bezirksratsitzung in Baden-Baden wurden mehrere wichtige Projekte verabschiedet. So soll die Landstraße zwischen

Kruppenheim und Oberndorf im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms geradegerade werden. Die Landstraße weist gleich am Ortsausgang von Kruppenheim auf einer Strecke von etwa 1 1/2 Kilometer zahlreiche scharfe und unübersichtliche Kurven auf. Gleichzeitig im Rahmen dieses Programms beabsichtigt die Stadt Baden-Baden, in Oberneuren eine größere Umgehungsstraße anzulegen, um die in den letzten Jahren immer unhaltbarer gewordenen Straßenverhältnisse zu beseitigen. Hierfür beantragte die Stadt beim Reich die notwendigen Mittel, wodurch nennenswerte Arbeitskräfte wieder dem Arbeitsprozeß zugeführt werden könnten.

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird der badischen Landesgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege die Genehmigung erteilt, durch die in ihre zusammengeschlossenen 10 Hauptverbände der freien Wohlfahrtspflege und deren Untereinrichtungen in der Zeit bis zum 31. Januar 1933 die von der Reichspost zugunsten der deutschen Nothilfe herausgegebenen Hindenburg-Wohlfahrtspostkarten und die für 1932/33 herauszugebenden Wohlfahrtsbriefmarken innerhalb des badischen Staatsgebiets öffentlich betreiben zu lassen, und

zwar von Haus zu Haus, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in öffentlichen Lokalen oder an sonstigen öffentlichen Orten sowie bei Veranstaltungen aller Art. Zum Vertrieb auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist jedoch außerdem die Erlaubnis des zuständigen Bezirksamts einzuholen.

Karlsruhe, den 29. September 1932.

Der Minister des Innern:

J. v. Beyer.

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Versetzt in gleicher Eigenschaft:

Direktor Ludwig Koch von der Gewerkschule in Haslach i. S. an jene in Lahr; Studienrat (Gewerbelehrer) Albert Effenhaus an der Gewerkschule Zell i. B. an jene in Haslach i. S.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederbestellung der Gesundheit:

Oberlehrer Gustav Dörr in Konstanz.

Auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Hauptlehrer Emil Günner in Gbringen, Amt Freiburg; Hauptlehrer Heinrich Siff in Buchholz, Amt Waldkirch; Hauptlehrer Pius Kurrus in Mannheim.

## Zentralhandelsregister für Baden

**Baden-Baden. C.447**  
Handelsregisterertrag  
Abt. B Bd. III D.-3. 5:  
Firma Städtische Werke  
Aktiengesellschaft (Elektri-  
zitäts-, Gas-, Wasser-  
versorgungs- und Betriebs-  
betriebe) Baden-Baden in  
Baden-Baden: Dem Kauf-  
mann Wilhelm Reiß in  
Baden-Baden ist Procura  
erteilt in der Weise, daß  
er zusammen mit einem  
Vorstandsmitglied zur Ver-  
tretung der Gesellschaft  
berechtigt ist. In der Ge-  
neralversammlung vom 4.  
August 1932 wurde be-  
schlossen, daß die laut Ar-  
tikel VIII der Notverord-  
nung vom 19. September  
1931 mit Beendigung der  
Generalversammlung  
außer Kraft tretenden §§ 11  
bis mit 15 des Statuts  
wieder in Kraft treten;  
nur § 13 Abs. 1 wurde  
geändert.  
Baden-Baden, 24. Au-  
gust 1932  
Bad. Amtsgericht I.

**Baden-Baden. C.448**  
Handelsregisterertrag  
Abt. B Bd. II D.-3. 86:  
Firma Aktiengesellschaft  
für Erwerb und Verwal-  
tung von Grundbesitz in  
Baden-Baden: In der  
Generalversammlung vom  
30. Juli 1932 wurde be-  
schlossen, die gemäß der  
Notverordnung vom 19.  
September 1931 außer  
Kraft getretenen Sabungs-  
bestimmungen der §§ 9,  
10 und 11 wieder in Kraft  
zu setzen. Die genannten  
Paragrafen wurden teil-  
weise geändert.  
Baden-Baden, 22. Au-  
gust 1932.  
Bad. Amtsgericht I.

**Baden-Baden. C.452**  
Handelsregisterertrag  
Abt. B Bd. I D.-3. 8:  
Firma Vincentiusverein  
Aktiengesellschaft in Baden-  
Baden: In der General-  
versammlung vom 4. Juli  
1932 wurde die Änderung  
der §§ 25 Abs. 1 Satz 2  
und 30 des Statuts be-  
schlossen. An die Stelle  
der Worte „Badische Volks-  
zeitung“ treten die Worte  
„Neue Badener Zeitung“.  
Baden-Baden, 26. Au-  
gust 1932.  
Bad. Amtsgericht I.

**Freisach. C.449**  
Handelsregisterertrag  
Abt. B zu D.-3. 15: Fir-  
ma Hartsteinwerk & Ze-  
mentwarenfabrik, Gesell-  
schaft mit beschränkter Haf-  
tung, Oberrotweil a. R.,  
mit dem Sitz in Oberrot-  
weil: Franz Vosselmann  
ist als Geschäftsführer aus-  
geschieden.  
Freisach, 23. August 1932.  
Amtsgericht.

**Donauessingen. C.435**  
In das Handelsregister A  
Bd. I D.-3. 198 wurde  
heute eingetragen zu Fir-  
ma Emil Fischer & Cie.,  
Donauessingen: Die Fir-  
ma ist erloschen.  
Donauessingen, 3. Au-  
gust 1932.  
Amtsgericht.

**Donauessingen. C.436**  
In das Handelsregister A  
Bd. I D.-3. 230 wurde  
heute eingetragen zur Fir-

ma Josef Morath in Furt-  
wangen, Inhaber August  
Kettner: Die Firma ist  
erloschen.  
Donauessingen, 13. Au-  
gust 1932.  
Amtsgericht.

**Durlach. C.458**  
Handelsregister B. Ein-  
getragen zu Firma Or-  
thofer-Kaufmann & Co. in Dur-  
lach am 30. August 1932:  
Die Generalversammlung  
vom 14. Juli 1932 hat in  
erleichterter Form auf  
Grund des 5. Teils II  
Kap. der Reichsnotverord-  
nung vom 6. Oktober 1931  
die Herabsetzung des Ge-  
sellschaftskapitals der Gesell-  
schaft von 6 305 000 RM.  
auf 6 162 200 RM. im  
Wege des Einzugs von  
476 Stück eigenen Stamm-  
aktien der Gesellschaft zum  
Nennbetrag von 142 800  
Reichsmark beschlossen, so  
daß das Grundkapital  
6 162 200 RM. betragen  
wird und eingeteilt ist in  
6 157 200 RM. = 20 524  
Stück auf den Inhaber  
lautende Stammaktien von  
je 300 RM. und 5000 RM.  
= 1000 Stück auf den  
Namen lautende Vorzugs-  
aktien von je 5 RM. Die  
Generalversammlung vom  
14. Juli 1932 hat beschlos-  
sen, die gem. Art. VIII  
der Verordnung vom 19.  
September 1931 außer  
Kraft getretenen §§ 14/17  
des Gesellschaftsvertrags  
wieder in Kraft zu setzen,  
und zwar §§ 14 und 16  
in bisheriger und § 15  
Abs. 2 und Abs. 3 (Wahl  
des Vorsitzenden und  
Stellvertreters des Auf-  
sichtsrats und Zusammen-  
setzung des letzteren), § 17  
(Befugnisse und Vergüt-  
ung der Aufsichtsratsmit-  
glieder) in abgeänderter  
Fassung. Karl Nudtisch  
ist aus dem Vorstand aus-  
geschieden; seine Vertret-  
ungsbefugnis ist beendet.  
Amtsgericht Durlach.

**Heidelberg. C.459**  
Handelsregister Abt. B  
Bd. IV D.-3. 57 zur Fir-  
ma Meißner's Textilbe-  
triebe Aktiengesellschaft in  
Heidelberg: Durch die  
Verordnung des Reichs-  
präsidenten vom 19. Sep-  
tember 1931 sind die Be-  
stimmungen in § 8 Abs. I  
Satz 1, Abs. II Satz 1  
und 2, Abs. VII des Ge-  
sellschaftsvertrags über die  
Zusammensetzung und Ver-  
stellung des Aufsichtsrats,  
sowie über die Vergütung  
der Mitglieder des Auf-  
sichtsrats mit Beendigung  
der Generalversammlung  
vom 16. August 1932 außer  
Kraft getreten.  
Heidelberg, den 30. Au-  
gust 1932.  
Amtsgericht.

**Kenzingen. C.461**  
Handelsregister A D.-3.  
194: Seida Bert Müller  
& Co., Kommanditgesell-  
schaft in Niegel: Die Pro-  
kura des Ernst Buhmann  
ist erloschen. Dem Ge-  
sellschafter Franz Dietrich  
in Niegel ist Procura in der  
Weise erteilt, daß er die  
Firma allein zu zeichnen  
berechtigt ist. Ein Kom-  
manditist ist aus der Ge-  
sellschaft ausgeschieden  
und ein neuer Komman-  
ditist eingetreten.  
Kenzingen, den 30. Au-  
gust 1932.  
Amtsgericht.

**Konstanz. C.453**  
Handelsregister.  
A Bd. V D.-3. 130:  
Martin Mayle, Schrau-  
benlager in Konstanz: Die  
Firma ist erloschen. 8. 8.  
1932.  
A Bd. VI D.-3. 2:  
Marie Kramer, Reform-  
haus in Konstanz. Inha-  
ber: Marie Kramer, geb.  
Kappner, in Konstanz. Ge-  
genstand des Geschäfts ist  
der Handel mit Lebens-  
mitteln und Bedarfsar-  
tikeln für neuzeitliche Er-  
nährung und Körperpflege.  
18. 8. 1932.  
A Bd. II D.-3. 58: M.  
Schneider in Konstanz:  
Das Geschäft ist auf den  
Kaufmann Oskar Wächter  
in Mannheim übergegangen,  
der es unter der bisherigen Fir-  
ma weiterführt. Die Pro-

kura der Oskar Wächter  
Ehefrau Maria geborene  
Fritinger ist erloschen.  
23. 8. 1932.  
A Bd. III D.-3. 117:  
Deutsche Sportartikel-  
fabrik Konstanz, Inh. Ernst Nip-  
ler und Emil Sebold: In-  
folge Ablebens des Gesell-  
schafters Ernst Nipler ist  
die offene Handelsgesell-  
schaft aufgelöst und das  
Geschäft auf den bisherige  
Gesellschafter Emil  
Sebold als alleiniger In-  
haber übergegangen, der  
es unter der geänderten  
Firma „Deutsche Sport-  
artikel-fabrik Emil Sebold  
in Konstanz“ fortführt.  
27. 8. 1932.  
Bad. Amtsgericht A I,  
Konstanz.

**Mannheim. C.454**  
Handelsregistererträge  
vom 27. August 1932.  
Gebäude Rander, Ak-  
tiengesellschaft, Mann-  
heim: Der Gesellschafts-  
vertrag ist durch Beschluß  
der Generalversammlung  
vom 4. August 1932 in  
§ 14 durch Streichung des  
zweiten Satzes (Aufsicht-  
ratsfähigkeit) geändert.  
Durch Beschluß der ge-  
meinen Generalversamm-  
lung vom 19. September  
1931 aufgehobenen §§ 11  
die beiden ersten Sätze,  
13 der erste Satz, sowie  
die Bestimmungen in § 16  
Ordnungsziffer 5 mit der  
seitherigen Fassung wieder  
in den Gesellschaftsvertrag  
eingefügt.  
„Ceres“ Gesellschaft für  
Vermittlung von Getreide-  
geschäften, mit beschränkter  
Haftung, Mannheim: Die  
Firma ist erloschen.  
E. Weil & Reinhardt,  
Aktiengesellschaft, Mann-  
heim: Der Gesellschafts-  
vertrag ist durch Beschluß  
der Generalversammlung  
vom 9. August 1932 geän-  
dert durch Streichung des  
Absatzes 3 des § 8 (Auf-  
sichtsratsfähigkeit). Durch  
Beschluß der gleichen Ge-  
neralversammlung sind  
die durch Artikel VIII  
der Verordnung vom 19.  
September 1931 außer  
Kraft getretenen §§ 7 und  
11 in ihrem bisherigen  
Wortlaut wieder in den  
Gesellschaftsvertrag ein-  
gefügt worden.  
Stachelhaus & Buchloh,  
Gesellschaft mit beschränk-  
ter Haftung in Mannheim  
als Zweigniederlassung  
mit dem Hauptsitz in  
Mülheim a. Ruhr: Durch  
Gesellschaftsbeschluß vom  
29. Juli 1932 wurde in  
den Gesellschaftsvertrag  
ein § 8 a (Beirat) einge-  
fügt.  
Papier-Export-  
Manufaktur mit beschränk-  
ter Haftung, Mannheim:  
Julius Bänninger ist nicht  
mehr Geschäftsführer.  
Paul Monheim in  
Mannheim ist zum Ge-  
sellschaftsführer bestellt.  
Mannheimer Akti-  
enbrücker, Mannheim: Dr.  
h. c. Adam Kemmel ist  
aus dem Vorstand ausge-  
schieden. Rebafter und  
Stadttrat Gustav Zimmer-  
mann in Mannheim-Heu-  
denheim ist zum Vorstand  
bestellt.

**Lehmann & Co., Mann-  
heim:** Die Firma ist er-  
loschen.  
K. Ferd. Fedel, Mann-  
heim: Die Gesellschaft ist  
aufgelöst. Das Geschäft  
samt Firma ist auf den  
bisherigen Gesellschafter  
Kaufmann Emil Fedel in  
Mannheim übergegangen.  
Julius Lichtenberger in  
Mannheim ist als Einzel-  
prokurist bestellt.  
W. Ludwig & Co.,  
Mannheim: Die Gesell-  
schaft ist aufgelöst. Das  
Geschäft samt der Firma  
ging auf die jetztige Ge-  
sellschafterin Frau Ma-  
thilde Ludewigs geborene  
Schmid in Mannheim  
über. Dem Kaufmann  
Wilhelm Ludewigs in  
Mannheim ist wieder Pro-  
kura erteilt.  
Bad. Amtsgericht F.-G. 4,  
Mannheim.

**Mülheim, Baden. C.417**  
Zum Handelsregister A  
D.-3. 230, Firma „Schen-  
ker & Co., Südwestdeut-  
sches Transport-Kontor,  
Zweigniederlassung Neuen-  
burg“, wurde heute ein-  
getragen: Kaufmann Emil  
Karppeles-Schenker in Wien  
ist aus der Gesellschaft  
ausgeschlossen. Die Zwei-  
gniederlassung ist erloschen.  
Die Geschäfte derselben  
sind in vollem Umfang  
auf die Zweigniederlassung  
Schenker & Co., G. m. b. H.  
in Neuenburg überge-  
gangen.  
Mülheim, 16. August  
1932.  
Badisches Amtsgericht.

**Neustadt, Schw. C.432**  
Die Firma Hausbren-  
nerei Winterhalder Neu-  
stadt im Schwarzwald,  
Kommanditgesellschaft in  
Neustadt (Schwarzwald),  
soll von Amts wegen ge-  
löscht werden. Der per-  
sönlich haftende Gesell-  
schafter Hans Ludwig  
Winterhalder, zur Zeit an  
unbekannten Orten ab-  
wesend, wird zur Geltend-  
machung eines evtl. Wider-  
spruchs gegen die Löschung  
eine Frist von drei Mo-  
naten bestimmt.  
Neustadt, Schw., 19. Au-  
gust 1932.  
Bad. Amtsgericht.

**Offenburg. C.182**  
Handelsregisterertrag  
Abt. B D.-3. 3 zu Firma  
Spinnerei und Weberei Akti-  
engesellschaft in Offenburg:  
Die Generalversammlung  
vom 23. April 1932 hat beschlos-  
sen, das Grundkapital in  
erleichterter Form um  
80 000 RM. herabzusetzen.  
Die Herabsetzung ist durch  
Einzahlung von Stamm-  
aktien erfolgt. Das Grund-  
kapital beträgt jetzt 1 500 000  
RM. Durch Beschluß der  
Generalversammlung vom  
23. April 1932 sind die  
durch die Aktienrechtsnovelle  
vom 19. September 1931  
außer Kraft getretenen,  
den Aufsichtsrat betreffen-  
den Bestimmungen des Ge-  
sellschaftsvertrags, nämlich  
die §§ 16 bis 21 wieder in  
den Gesellschaftsvertrag ein-  
gefügt worden, wobei jedoch  
die §§ 16, 19 und 21 ge-  
ändert wurden. Durch wei-  
teren Beschluß der gleichen  
Generalversammlung wur-  
den die §§ 4 und 5 —

Grundkapital und Aktien-  
— § 7 — Generalversamm-  
lung — und § 25 — Ver-  
wendung des Ertrages —  
des Gesellschaftsvertrags  
geändert. Als nicht ein-  
getragen wird veröffentlicht:  
Das Grundkapital ist ein-  
geteilt in 5000 Stammaktien  
von je 300 RM. Offen-  
burg, den 16. September 1932.  
Badisches Amtsgericht III.

**Säckingen. C.451**  
Handelsregisterertrag  
zur Firma Ton- und Torf-  
werke Aktiengesellschaft  
Willaringen in Willar-  
ingen: Die Firma ist er-  
loschen.  
Säckingen, 25. August 1932.  
Amtsgericht.

**Schnau, Schw. C.433**  
In das Handelsregister  
B wurde heute unter  
D.-3. 31 eingetragen:  
Bibra- und Schappe-Spin-  
nerei, Gesellschaft mit be-  
schränkter Haftung, Zell  
im Wiesental. Gegenstand  
des Unternehmens ist:  
Einkauf, Verarbeitung und  
Veredelung von Realwolle  
und Kunstspinnfasern,  
Herstellung von Mischgar-  
nen und Handel mit den-  
selben, sowie Ausübung  
aller mit dem Geschäftszweck  
zusammenhängenden  
Geschäfte. Stammkapital:  
20 000 RM. Zum Ge-  
sellschaftsführer ist Albert  
Erzmann, Kaufmann in  
Dasel, bestellt. Der Gesell-  
schaftsvertrag ist am 13.  
Juli 1932 festgestellt wor-  
den.  
Schnau im Schw., den  
23. August 1932  
Amtsgericht.

**Sinsheim, Elsenz. C.437**  
Handelsregister B Bd. I  
D.-3. 14: Firma Verei-  
nigte Badische Staats-  
salinen Dürreim-Rap-  
penau, Aktiengesellschaft  
C.531. Karlsruhe. In  
Konkursverfahren über das  
Vermögen der Firma Hein-  
rich Sonneborn, Inhaber  
Handlung und Wäschneid-  
erei in Karlsruhe, Kaiser-  
straße 167, ist zur Abnahme  
der Schlussrechnung, zur  
Erhebung von Einwen-  
dungen gegen das Verzeich-  
nis der bei der Verteilung  
zu berücksichtigenden For-  
derungen, zur Beschluß-  
fassung über die nicht ver-  
wertbaren Vermögensstücke  
und die Festsetzung der Ver-  
gütungen und Auslagen  
der Gläubigerzusammensch-  
glieder, sowie zur Festset-  
zung der Vergütung und Ausla-  
gen des Verwalters Schlus-  
stermin bestimmt auf: Frei-  
tag, den 28. Oktober 1932,  
nachmittags 4 Uhr, vor dem  
Amtsgericht Karlsruhe,  
Akademiestraße 8, 1. Stod,  
Zimmer Nr. 40. Karlsruhe,  
den 29. September 1932.  
Geschäftsstelle des Amts-  
gerichts A 9.

**Wertheim. C.196**  
Güterrechtsregisterertrag  
Band II Seite 102: Land-  
wirt Leo Seibert und Maria  
Bina geb. Blank in Nau-  
enberg: Vertrag vom 23.  
Juni 1932: Gütertren-  
nung des BGB.  
Wertheim, 29. Sept. 1932.  
Bad. Amtsgericht.

in Rappena: Durch Be-  
schluß der Generalver-  
sammlung vom 1. August  
1932 sind die nach Artikel  
VIII der Verordnung vom  
19. September 1931 außer  
Kraft getretenen §§ 9, 10,  
11 und 12 des Gesellschafts-  
vertrags wieder in Kraft  
gesetzt worden. 22. August  
1932.  
Amtsgericht Sinsheim,  
Elsenz.

**Willingen, Baden. C.444**  
Handelsregisterertrag.  
B Bd. II D.-3. 1: Fir-  
ma Kienle Tagemeter  
& Apparate Aktiengesell-  
schaft in Willingen: Die  
Generalversammlung vom  
19. Juli 1932 hat die Herab-  
setzung des Grundkapitals  
um 100 000 RM. beschlos-  
sen. Die Herabsetzung ist  
durchgeführt. Das Grund-  
kapital beträgt jetzt 500 000  
Reichsmark.  
Willingen, 24. August 1932.  
Bad. Amtsgericht I.

**Waldkirch, Br. C.443**  
Handelsregister A Bd. I  
D.-3. 29: Firma Brauer  
& August Müller, Wald-  
kirch: Inhaber der Fir-  
ma ist jetzt: Frau Brau-  
ereibesitzer August Müll-  
ler Witwe Elise geb. Erb  
in Waldkirch i. Br. Dem  
Kaufmann Otto Müll-  
er in Waldkirch i. Br. ist  
Prokura erteilt.  
Waldkirch i. Br., 22. Au-  
gust 1932.  
Bad. Amtsgericht.

**Wiesloch. C.438**  
Im Handelsregister A  
Bd. I ist zu D.-3. 461 das  
Erlöschen der Firma Otto  
Fratthöcher in Mülhausen,  
Inhaber Kaufmann  
Otto Fratthöcher in Man-  
tenloch, eingetragen.  
Wiesloch, 25. August 1932.  
Amtsgericht.



### Badisches Landestheater

Dienstag, 4. Oktober 1932

\* B 3, Ab.-Gem. 801—900  
und 1501—1550

#### Reiseprüfung

Drama von Max Dreher

Regie: v. b. Krenk

Mitwirkende:

Bertam, Frauendorf, Ra-  
demacher, Seiling, Brand,  
Ernst, Herz, Mehner,  
Schönthaler, Schulze, Ruch,  
G. Müller

Anfang 20 Ende 22

Preise B (0,60—3,90 RM)

Mi. 5. 10. Ein Sommer-  
nachstraum. Do. 6. 10.  
Figaros Hochzeit. Fr. 7. 10.  
Margarethe. Sa. 8. 10. Die  
Räuber. So. 9. 10. Nach-  
mittags: Die Regiments-  
tochter. Abends: Figaros  
Hochzeit